

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

30. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates

Die Dokumente und Beschlüsse der 30. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates bekräftigen einige Tendenzen, die weitreichende Auswirkungen zeitigen werden. Erstens wird immer deutlicher spürbar, daß im UNO-Generalsekretariat ein sehr starker und zielbewußter, dabei taktisch äußerst geschickter Wille am Werke ist, der sich nicht mit der Rolle eines „Briefkastens“ begnügt, sondern initiativ alle konstitutionellen und organisatorischen Möglichkeiten ausnützt, um den in der Charta niedergelegten Auftrag allen Hindernissen zum Trotz auszuführen. Ob es sich um den Willen eines Einzelmenschen oder eines außerordentlich fähigen Teams handelt, ist von außen schwer zu beurteilen. Zweitens wird mit zunehmendem Erfolg versucht, die ausgefahrenen Geleise ideologischer und politischer Schablonen zu meiden, indem man Lösungsvorschläge aus der sachlichen, unvoreingenommenen Analyse des zu bewältigenden Problems heraus erarbeitet und dabei nicht selten zu Ergebnissen gelangt, die altvertraute Formeln hinfällig machen. Und drittens verschiebt sich das Schwergewicht der Tätigkeit immer mehr auf das Gebiet praktischer Verwirklichungen, das durch den West-Ost-Gegensatz keineswegs vollständig blockiert ist.

Die Lage der Weltwirtschaft

Im Mittelpunkt der Beratungen des Wirtschafts- und Sozialrates stand die Studie über die Lage der Weltwirtschaft (*Étude sur l'économie mondiale, 1959, Première partie*, Dok. E/3361). *Dag Hammarskjöld* kommentierte diese Studie in einem Exposé (Dok. E/3394), das seine Gedankengänge besonders deutlich macht, weshalb es notwendig ist, einige Stellen herauszugreifen.

Die Feststellung, daß die Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf wirtschaftlichem Gebiet „trotz der Wechselfälle der internationalen politischen Lage“ beispiellose Fortschritte erzielt hat, liefert wahrscheinlich den Schlüssel für seine Konzeption, die auf der Überzeugung aufbaut, daß die „Interpendenz“, die gegenseitige Abhängigkeit und Durchdringung der wirtschaftlichen Beziehungen einen machtvollen Faktor zugunsten einer besseren internationalen Organisation darstellt. Aus dieser Sicht wird auch die einzigartige Rolle der UNO deutlich, welche „die einzige universale Institution ist, in deren Schoße Länder verschiedener politischer Systeme und verschiedener Entwicklungsgrade ihre Ansichten aus-

tauschen, ihre Erfahrungen und Probleme vergleichen, ihr gegenseitiges Verhalten gegenüber Aktionen im Allgemeininteresse sondieren und kollektive Schritte unternehmen können...“

Hammarskjöld glaubt erkennen zu können, daß die Regierungen im allgemeinen nun genügend Abstand von den täglichen Sorgen haben, um sich mit langfristigen Problemen befassen zu können: „Heute stützen die Regierungen ihr Vertrauen auf den Erfolg, mit welchem sie Krisen überwinden und Unsicherheitsfaktoren zügeln konnten, die während so langer Jahre die Weltwirtschaft belastet haben; natürlicherweise wenden sie inskünftig ihre Aufmerksamkeit dem grundlegenden Problem der langfristigen Expansion zu.“

In diesem Zusammenhang stelle sich aber doch die Frage, ob die bisher verfolgte Politik in genügendem Ausmaß auf die Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Unterbaues und auf den Schutz der wirtschaftlich Schwachen ausgerichtet gewesen sei: „In Anbetracht der großen ungenützten Produktionsreserven und des täglich klareren Bewußtseins von den steigenden Aufwendungen, die von der Rüstung verschlungen werden, ist der Augenblick vielleicht gekommen, sich zu fragen, ob die Anstrengung nicht auf die Verbesserung des Bildungswesens, der Gesundheitsdienste und der Städtesanierung verlegt werden sollte ...“

Nachdem die Erfahrung gelehrt hat, daß wirtschaftliche Veränderungen in einem einzelnen Lande große Auswirkungen auf andere Staaten haben können, ist es unerlässlich, die Weltwirtschaft als ein einheitliches Ganzes zu betrachten. „Es ist deshalb durchaus berechtigt“, erklärt Hammarskjöld, „daß das harmonische und ungestörte Wachstum der Weltwirtschaft allmählich zu einem Hauptanliegen der Organisation der Vereinten Nationen wird.“ „Ein sorgfältig aufgebautes Beratungssystem würde es der Organisation besser als jeder anderen ermöglichen, ein wichtiges Zentrum der Koordination der nationalen Wirtschaftspolitik und der Festlegung internationaler Zielsetzungen zu werden.“

Wir werden sehen, daß diese weit ausholenden Pläne nicht in den leeren Raum hinein konstruiert werden, sondern von praktischen Vorstößen begleitet sind. Im Exposé des Generalsekretärs seien jedoch noch jene Darlegungen hervorgehoben, welche die Absicht erkennen lassen, den Apparat der UNO, der für die technische und wirtschaftliche Hilfe an die Entwicklungsländer aufgebaut wurde, für den Vollzug der bilateralen Hilfsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die bilaterale Hilfe, die dem Umfange nach den multilateralen Beistand bei weitem übertrifft und deshalb keinesfalls abgebaut werden darf, weist jedoch verschiedene Nachteile auf. Einerseits besteht immer die Versuchung, die Gewährung von Hilfe von politischen, militä-

rischen oder wirtschaftlichen Zugeständnissen abhängig zu machen. Andererseits ist es ein Unding, wenn die Regierung eines jungen, unabhängigen Staates bei zwanzig Regierungen anklopfen muß, um den Rat eines Brücken-Ingenieurs in Anspruch nehmen zu können. Das gegenwärtige System zwingt die Entwicklungsländer geradezu zu einer Art Bettelrei von Tür zu Tür, und schließlich haben sie einige Dutzend technische Missionen im Lande, deren Tätigkeit oft nur ungenügend koordiniert ist. Und ferner: Es muß alles versucht werden, um dem kalten Krieg auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe ein Ende zu bereiten, ohne daß ein Wettstreit in der Bekundung großzügiger Freigebigkeit ausgeschlossen werden müßte. Die Lösung besteht in der *möglichst vollständigen Internationalisierung der Entwicklungshilfe*, indem die UNO von allen Staaten zu ihrem Generalagenten auserkoren würde. (Es ist übrigens bezeichnend, daß die USA während der Kongokrise der UNO jede verlangte Unterstützung gewährten, aber jede direkte Intervention vermieiden.)

Sollten diese Pläne verwirklicht werden, so würde eine Entwicklung verstärkt, die bereits heute zur Tatsache geworden ist: „Die Organisation der Vereinten Nationen, die ursprünglich als Instrument der multilateralen Diplomatie gedacht war, wandelte sich allmählich in einen wichtigen exekutiven Organismus.“

Universaler Treffpunkt

Die Aussprache des Wirtschafts- und Sozialrates über die Lage der Weltwirtschaft fand erstmals auf Ministerebene statt, womit eine bedeutende Anregung Hammarskjölds verwirklicht wurde. Tatsächlich bietet der Wirtschafts- und Sozialrat die einzige Gelegenheit für ein Zusammentreffen der Wirtschaftsleiter aus West, Ost und den Entwicklungsländern. Auch wenn niemand erwartet, daß die Gespräche heute schon zu einer Übereinstimmung führen können, so bleibt am Rande der offiziellen Sitzungen doch noch genügend Zeit (was bei der Planung der Tagung in Rechnung gestellt wurde!) für private Kontaktnahmen. Die Absicht des UNO-Sekretärs scheint dahin zu gehen, den Mächten zum Bewußtsein zu bringen, daß der Wirtschafts- und Sozialrat eine gewichtige Rolle bei der Beeinflussung und Steuerung der weltwirtschaftlichen Entwicklung spielen könnte.

Die diesjährigen öffentlichen Debatten boten den westlichen Rednern Gelegenheit, zu unterstreichen, daß das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik die Sicherung einer kontinuierlichen Expansion unter möglichst stabilen Preis- und Währungsverhältnissen sei. In diesem Wachstum sehen sie eine wichtige Hilfe an die Entwicklungsländer, deren Wirtschaft

gleichzeitig vielfältiger und auf den Weg der Industrialisierung geführt werden müsse. Im Ausdruck *Sicherung* tritt wohl die bedeutendste Wandlung zutage, die sich im westlichen Wirtschaftsdenken gegenüber der Vorkriegszeit vollzogen hat. Der Wirtschaftsprozeß mit all seinen Widersprüchen soll also nicht mehr einfach als unabwendbares „Schicksal“ hingenommen, sondern im Interesse der ganzen Völkergemeinschaft gesteuert werden. Nun, davon ist man noch weit entfernt, aber der Gesinnungsumschwung verdient es, vermerkt zu werden!

Die Sprecher des sowjetischen Einflußbereiches konnten nicht umhin, festzustellen, daß „die kapitalistischen Länder während dieser letzten Jahre einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen hatten, der durch Krisen und Rezessionen unterbrochen wurde“ (*M. A. Leseschko*). Trotz der Einschränkung ist dieses Eingeständnis geradezu sensationell, denn nach der in Moskau gültigen Theorie liegt das kapitalistische Wirtschaftssystem ja schon seit Jahrzehnten in den allerletzten Zügen. Im weiteren plädierte Leseschko für die Aufhebung der politisch bedingten Handelsschranken und eine Ausdehnung des Handelsverkehrs zwischen Staaten der verschiedenen Wirtschaftssysteme. Er beklagte „die Bildung regionaler, hermetischer Wirtschaftsböcke“, wobei er natürlich nicht den Rubelblock im Auge hatte.

Die Wortführer der Entwicklungsländer forderten eine Verstärkung der wirtschaftlichen und technischen Hilfe, Beseitigung der Zollschränken, die den Absatz ihrer Rohstoffe erschweren, und erinnerten an die gewaltigen Investitionsbedürfnisse ihrer Wirtschaft.

Obwohl diese ministerielle Debatte keine unmittelbaren Ergebnisse zeitigte, faßte der Rat eine einstimmige EntschlieÙung, in welcher er diese Begegnung auf Ministerebene „als eine wertvolle Gelegenheit zum Gedankenaustausch über die wichtigsten Probleme, welche die Zusammenarbeit und die Wirtschaftspolitik aufwerfen“, bezeichnet. Der Generalsekretär wurde beauftragt, seine Vorschläge für die allfällige Weiterführung dieses Versuches der nächsten Tagung vorzulegen.

Zum erstenmal hat der Rat die Berichte der *vier regionalen Wirtschaftskommissionen* im Plenum entgegengenommen, womit er die Bedeutung dieser Organe der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hervorheben wollte. Ohne hier auf die Einzelheiten der Tätigkeit dieser Kommissionen einzugehen, sei lediglich vermerkt, daß zum Beispiel die Wirtschaftskommission der lateinamerikanischen Länder maßgebend am Zustandekommen des südamerikanischen gemeinsamen Marktes beteiligt ist und in Zentralamerika in ähnlichem Sinne wirkt. Die Wirtschaftskommission für Afrika, die jüngste der vier Organe, könnte in kurzer Zeit eine wichtige

Rolle in der wirtschaftlichen Organisierung des ganzen Kontinentes spielen, sind die jungen afrikanischen Staaten doch besonders auf eine Vereinigung ihrer Anstrengungen angewiesen. Die Kommission für Asien hat sich um die Erschließung des Mekong-Bekens bereits große Verdienste erworben, während sich die Kommission für Europa durch ihre abgewogenen, objektiven Studien über die Wirtschaft in Ost- und Westeuropa einen Namen gemacht hat. Sie ist zudem der einzige wirklich paneuropäische Organismus, der auf der Ebene der Regierungen besteht.

Weltwirtschaftliche Prognosen

Wie schon angedeutet, sind bereits bedeutungsvolle Vorarbeiten im Gange, um die UNO eines Tages in die Lage zu versetzen, als Koordinator der Weltwirtschaft aufzutreten. In diesem Zusammenhang sind zwei Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrates von besonderer Bedeutung. Nachdem das Sekretariat bereits versuchsweise eine Ausgabe einer *vierteljährlichen statistischen Zeitschrift über die Entwicklung der Weltwirtschaft* veröffentlicht hat, beschloß der Rat, diese Publikation aufrechtzuerhalten und auszubauen. Sie faßt die aktuellen wirtschaftlichen Tendenzen übersichtlich zusammen und bringt sie so rasch der Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß ihre Angaben nicht nur „historischen“ Wert haben, sondern bei der Festlegung der praktischen Wirtschaftspolitik von großem Nutzen sein werden.

Es ist offenkundig, daß das neue Arbeitsinstrument der UNO einen weiteren Schritt vorbereitet: den Versuch, die weltwirtschaftliche Entwicklung vorauszusagen. Zu dieser Frage legte der Generalsekretär einen Bericht vor, dem die Stellungnahmen der meisten Regierungen beigelegt sind (*Situation économique mondiale: Evaluation des projections économiques à long terme. Rapport préliminaire du Secrétaire général*. Dok. E/3379 und Add. 1, 2, 3, 4, 5 und 6). In der Hoffnung, bei nächster Gelegenheit gründlicher auf dieses Dokument und die Regierungsantworten eingehen zu können, seien im folgenden lediglich einige Grundgedanken skizziert.

Dag Hammarskjöld ist Realist genug, um zu wissen, daß er mit seinen Vorschlägen mancherorts Einwände hervorruft, denen er im oben bereits wiederholt zitierten „Exposé“ folgendermaßen entgegentritt: „Es ist hier angezeigt, diejenigen zu beruhigen, welche die Gefahren der Wirtschaftsplanung fürchten. Die ihr gegenüber ausgedrückten Vorbehalte stützen sich auf verschiedene Faktoren, vor allem auf die wirtschaftlichen Prognosen innewohnenden Schwierigkeiten, die Unbeweglichkeit, die durch die Pläne in die Wirtschaft gebracht werden kann, ihre oft ehrgeizige oder

zuwenig realistische Zielsetzung und die Gefahr der Unvereinbarkeit mit einem streng privatwirtschaftlichen System... Die Umschreibung der langfristigen Ziele und der Wirtschaftspolitik ist keineswegs eine Ursache für Starrheit, sondern sie kann im Gegenteil die wirtschaftliche Struktur wesentlich geschmeidiger machen, sofern man pragmatisch an die Aufgabe herantritt und die festgesetzten Ziele ständig überprüft; es scheint auch keineswegs, daß ein solches Herangehen die geringste Änderung in der grundlegenden Politik oder den Institutionen irgendeines Landes in sich schließen würde; im besonderen ist die Festsetzung langfristiger Wirtschaftsziele keineswegs unvereinbar mit der Ausdehnung der Privatwirtschaft, wie die jüngste wirtschaftliche Entwicklung Japans, Italiens und Frankreichs zeigt.“

Die Studie über die wirtschaftliche Vorhersage, in der auch die Regierungsantworten analysiert werden, kommt zum Schluß, daß die Wirtschaftsprognosen „einer wirklichen Notwendigkeit entsprechen, wenn es um die Ausarbeitung der Wirtschaftspolitik geht“.

Der interessanteste Beitrag der UNO könnte auf diesem Gebiete in folgendem bestehen: „Sammlung, Normalisierung und Auswertung der statistischen Daten, Ausarbeitung wirtschaftlicher und statistischer Methoden für die Aufstellung von Prognosen; Einschätzung der von verschiedenen Ländern aufgestellten Prognosen wie auch der Möglichkeiten, die sie für das Studium der Maßnahmen bieten, die auf einer allgemeinen Ebene ergriffen werden könnten.“

Man stoße sich nicht an der gewollten Weitmäsigkeit dieser Anregungen, die dem Generalsekretariat auch dann, wenn es mit seinem „Maximalprogramm“ nicht auf den ersten Anhieb hin durchdringen sollte, eine gewisse Bewegungsfreiheit sichern soll. Das „Maximalprogramm“ ist aus folgender Formulierung ersichtlich: „Die UNO bietet den Regierungen der Mitgliedstaaten den Vorteil, daß sie den Überblick über diese Probleme hat, die nationalen Prognosen vergleichen, auf mögliche Widersprüche hinweisen und die *weltwirtschaftlichen Probleme entdecken kann, sobald sie sich bemerkbar machen*“

Der Wirtschafts- und Sozialrat hat den Generalsekretär ermächtigt, seine Studien in diesem Sinne weiterzuführen.

Die *internationalen Kapitalbewegungen* bieten nicht nur an und für sich großes Interesse, sondern sind vor allem für die Entwicklungsländer von größter Bedeutung. Ein diesbezüglicher Bericht des UNO-Generalsekretariates (*International flow of private capital 1958 bis 1959. Report by the Secretary-General*. Dok. E/3369), der ausführliche Statistiken über den Kapitalexport und -import der wichtigsten Länder enthält, vermerkt, daß zahlreiche Regierungen kapitalimportierender Län-

der Maßnahmen zur Ermutigung ausländischer Investitionen ergriffen haben. Dennoch stellen die politischen Risiken nach wie vor ein großes Hindernis für die massivere Heranziehung privater Kapitalien dar. In einem anderen Dokument (*The promotion for the international flow of private capital*, Dok. E/3325) werden die bisherigen Bestrebungen geschildert, die zum Schutze ausländischer Kapitalanlagen unternommen wurden. Das Interesse wendet sich immer deutlicher der Errichtung einer unabhängigen internationalen Schiedsstelle zu, die im Falle von Meinungsverschiedenheiten angerufen werden könnte. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß unter den Auspizien der UNO ein internationales System der Schiedsgerichtsbarkeit aufgebaut werden könnte, welches das Vertrauen der exportierenden und der importierenden Staaten gleichermaßen genießt.

Technische Hilfe, Sozialpolitik, Menschenrechte

Zu den Aufgaben des Rates gehört auch die Prüfung und Billigung der Tätigkeitsberichte sämtlicher Spezialorganisationen und verschiedener Kommissionen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Wir wollen unsere Übersicht auf jene Beschlüsse beschränken, die grundlegend neue Aspekte bieten.

Damit den Bedürfnissen der jungen Staaten, die kürzlich oder demnächst ihre Unabhängigkeit erlangt haben oder erlangen werden, besser Rechnung getragen werden kann, beantragt der Generalsekretär die Bereitstellung eines zusätzlichen Kredites von 2,5 Mill. Dollars. Der Rat unterstützt diesen Antrag zuhanden der Generalversammlung, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß im Lichte der kongolesischen Ereignisse die beantragte Summe kaum ausreichen dürfte . . .

Der bisher nur versuchsweise erprobte OPEX-Dienst, der den Regierungen der Entwicklungsländer auf Verlangen hin hochqualifiziertes Verwaltungspersonal als ausführende Beamte vermittelt, soll als ständiges Programm auf erweiterter finanzieller Grundlage weitergeführt werden (siehe dazu den Bericht des Generalsekretärs: „Assistance technique en matière d'administration publique“. Dok. E/3370).

Um Chile zu helfen, die Folgen der schrecklichen Erdbebenkatastrophe möglichst schnell überwinden zu können, wurde beschlossen, das von der chilenischen Regierung ausgearbeitete Notprogramm, dessen Durchführung in den Jahren 1960/61/62 2,2 Mill. Dollars kostet, nach Kräften im Rahmen der technischen Hilfe und des Spezialfonds zu unterstützen. Gleichzeitig wurden die UNESCO und der Welt-Wetterdienst eingeladen, die Errichtung eines Warndienstes im Falle von Springfluten vorzubereiten.

Nächstes Jahr wird in Italien eine Konferenz über die *wirtschaftliche Nutzung der Sonnenenergie, des Windes und der Erdwärme* stattfinden (Dok. E/3371). In der diesbezüglichen EntschlieÙung wird die Bedeutung hervorgehoben, die in den Entwicklungsländern der Ausbeutung neuer Energiequellen beigemessen wird.

Im Rahmen des Erweiterten Programmes der technischen Hilfe ist folgende Neuerung zu vermerken: Bisher war die Verwaltung ermächtigt, fünf vH der Einnahmen, die bekanntlich aus freiwilligen Regierungsbeiträgen stammen, in einen Sonderfonds abzuführen, über dessen Verwendung die Verwaltung in Notfällen bestimmen kann. Diese ungebundene Reserve ist sehr wichtig, da die übrigen Mittel jeweils auf ein oder gar zwei Jahre hinaus festgelegt sind. Dieser Sonderfonds wird inskünftig eine größere Rolle spielen können, da ihm 7,5 vH der Einnahmen zugeleitet werden dürfen.

Einen Gesamtüberblick über die technische Hilfe bietet der *Rapport annuel du Bureau de l'Assistance technique pour 1959*, Dok. E/3337/E/TAC/Rep./166. Über den Anteil des vom UNO-Sekretariat betreuten Sektors der technischen Hilfe orientiert *Technical Assistance Activities of the United Nations*, Dok. E/3366. Der Tätigkeitsbericht des Spezialfonds trägt die Kote E/3398. Auf Verlangen der Generalversammlung hat der Generalsekretär einen Bericht über die Haltungen der Regierungen zur Schaffung eines Investitionsfonds der UNO vorgelegt: *Fonds d'équipement des Nations Unies*, Dok. E/3393. In dieser Angelegenheit ist kein Fortschritt zu verzeichnen. Über die bilaterale wirtschaftliche und technische Hilfe orientiert *Assistance économique internationale aux pays sous-développés*, Dok. E/3395.

Eine sehr gründliche Studie, die mehr internes Interesse bietet, ist der Koordination zwischen den verschiedenen Organen der UNO und ihrer Spezialorganisationen gewidmet: *Rapport d'ensemble sur le développement et la coordination de l'ensemble des programmes et activités de l'Organisation des Nations Unies et des institutions spécialisées dans l'Assistance économique internationale aux pays sous-développés*, Dok. E/3347.

Der Rat billigte den Entwurf einer Erklärung über das Asylrecht (Dok. E/3335), die nun noch der Generalversammlung vorzulegen ist. Diese Erklärung verankert das Recht der Staaten, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren, ohne deswegen irgendwelchen Sanktionen ausgesetzt zu werden.

Professor *Pierre Auger* legte dem Rat eine Studie über die wichtigsten Tendenzen in der naturwissenschaftlichen Forschung, die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und ihre Anwendung zu friedlichen Zwecken vor (Dok.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

E/3362), die in wissenschaftlichen Kreisen großes Interesse finden dürfte.

*

Die Arbeiten des Wirtschafts- und Sozialrates beschlagen ein derart ausgedehntes Gebiet, daß es völlig unmöglich ist, im Rahmen eines Berichtes mehr zu versuchen, als einen ungefähren Überblick zu vermitteln, der zu einer gründlichen Beschäftigung mit dem einen oder anderen Gegenstand anregt. Wer nicht Gefahr laufen will, den Kontakt mit dem internationalen Stand der Forschungen und Diskussionen auf sozialem und wirtschaftlichem

Gebiet zu verlieren, muß die Arbeiten der UNO und ihrer Organe aufmerksam verfolgen. Es wäre von größtem Nutzen, wenn sich die Öffentlichkeit in einem möglichst frühen Stadium mit den Problemen, die im Schoße der verschiedenen UNO-Organe behandelt werden, beschäftigen und sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen würde. Die, demokratische Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ist auf der internationalen Ebene so unerlässlich wie im Rahmen der einzelnen Staaten. Nur so ist auch eine Stärkung eines Verantwortungsbewußtseins, das die ganze Menschheit umfaßt, denkbar.

Bruno Kuster (Genf)